

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
38 (1924)**

34 (9.2.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-475897](#)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementpreis beträgt für die Zeit vom 1. bis 15. Februar 85 Pfennig pro Jahr, für Abholer von der Expedition (Feiertage 86) 80 Pfennig, durch die Post bezogen für den Monat Februar 3,00 Goldmark.

Republik

Preis 15 Pfennig

Ausgaben-Gesamtpreise: Millimeter-Zettel 90, deren Raum für Rückschriften ausgenutzt wird; 5 Pf. Familienanzeigen 5 Pf. für Auslagen ausgenutzt. Jüngsten 7 Pf., 1. Reklame 6 Millimeter-Zettel 25 Pf. Goldmark bei sofortiger Bezahlung zu dem am Zahlungs-Tage leichtbekannten amtlichen Berliner Brief-Kurs.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland – Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Sonnabend, 9. Februar 1924 • Nr. 34

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Die kommenden Kämpfe.

Machtkämpfe sind es, die uns in diesem Jahre erwarten, Machtkämpfe, in denen wir bereits mitten drin stehen. Durch ganz Deutschland vollzieht sich ein politisches Ringen. Die kommenden Reichstagswahlen werden ihren Schatten vorzu. In Ländern und Gemeinden wird gerungen um politischen Einfluss und politische Machstellungen. Die örtlichen Kämpfe werden gipfeln in der Reichstagswahl. Kommende Teilnahmen in Thüringen und in Lübeck müssen in diesem Zusammenhang als Signal und Symptom wirken. Die äußeren Anlässe zu diesen Teilnahmen sind verschieden. Und doch wäre es falsch, diese Teilnahmen nur unter dem Gesichtspunkte des äußeren Anlasses zu betrachten. Sie haben gemeinnützigen Sinn und gemeinsamen Uferlosen Anlass.

Eine erste Periode des staatlichen Lebens in der Deutschen Republik geht zu Ende. Es war der Sinn dieser Periode, zu den verschieden gerichteten sozialen Kräften in Deutschland die politische mittlere Linie, die Diagonale der Kräfte zu finden; in der Richtung dieser Diagonale eine Politik zu treiben, die stetigen, sicherer, entschiedenen Fortschritt in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Sicht verfügt und die Sicherheit der Republik gewährleistet. Die Herausbearbeitung dieser Diagonale bedeutete, durch eine Politik der Konkessionen an den notwendigen und unvermeidlichen Fortschritt die zerstörenden Kräfte aus dem politischen Leben ausschließen. Nach dem Kriege und der Revolution konnte diese mittlere Linie nur zustande kommen durch Konkessionen der bürgerlichen Parteien an die Sozialdemokratie als die Partei des Fortschritts und Aufstiegs — nicht umgekehrt. Denn die Tatsache, daß die Mehrheit des Volkes nicht sozialistisch dachte, die wirtschaftliche Kräfteverteilung in Deutschland, und die andere Tatsache, daß zwei annähernd gleich starke Klassen einander nicht totschlagen und nicht zugrunde richten können ohne daß das Ganze untergeht, waren genug für das Bürgertum gegen zu stürmischen Tempo der Entwicklung zum Sozialismus hin, so daß es in dieser Hinsicht Koncessionen der Sozialdemokratie an das Bürgertum nicht bedurfte.

Aber das Parallelogramm der Kräfte in Deutschland ist heute zerstört. Eine Diagonale kommt nicht mehr zu stande. Am offenen Machtkampf wird eine Neugruppierung der Kräfte angestrebt, die eine Grundlage für die Herausbildung einer neuen Diagonale bilden wird.

Wie ist es dazu gekommen? Die Arbeiterschaft hat diesen Machtkampf nicht übermäßig herbeigeführt. Sie hat ihn nicht geführt. Der Angriff ging von der Seite des Bürgertums aus. Die bürgerlichen Parteien wollten das politische Gleichgewicht, das sich nach der Revolution herausgebildet hatte, zu ihren Gunsten verschieben. Die Grundlage dazu aber ist die Verschiebung der sozialen Machtbilanz in Deutschland. Auf dem Gebiete, auf dem es um den Anteil der Arbeiterschaft am Ertrag der Produktion in Deutschland, um ihren Einfluß auf die Wirtschaft, um die Arbeitsbedingungen, um die Höhe ihrer Lebenshaltung geht, hat die deutsche Arbeiterschaft entschieden den Bürgeren gesungen. Die wirtschaftliche Krise hat zunächst sie zerstört, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in ihrer politischen Einheit und ihrem politischen Willen. Sie verlor nicht mehr, durch den Reichenkatholizismus der Krise, den Inflationstaumel, das Ruhmepabnimm hindurch die rohen Linien der Entwicklung zu erkennen. Sie wurde durch die stets wachsende, all ihre Gedanken bannende Sorge um die nackte tägliche Existenz von Eltern und entstehender politischer Willensbildung abgeholt.

Die soziale Schwächung der Arbeiterschaft wurde plötzlich im Sommer 1923 — als die Katastrophe von Wöhrung und Wirtschaft sie zu bitterstem Hunger verdammt. Auf dieser Grundlage von Not und Hunger und Verzweiflung entzündeten jene ungeordneten, uneinheitlichen, richtungslosen Bewegungen in der verzweifelnden Arbeiterschaft, die sich entweder illusionärem Radikalismus in die Arme wort, oder in Perversionen demonstrierten ihre Not hinzu. Diese Bewegungen sind nicht von „Hegern“ entfacht worden. Wagen die sich an die Brust schlagen, die im tollen Gewinn- und Spekulationsfeuer Wahrung und Wirtschaft zugrunde gerichtet haben. Sie sind die „Hegern“, die den „zerstörenden Radikalismus“ hervorgerufen haben, der jetzt den bürgerlichen Parteien als destruktives Schild für ihre eigenen Absichten dienen muß.

Im Sommer 1923 war aber auch der Augenblick gefunden, wo das Bürgertum — und namentlich die Kreise der großen Wirtschaft — die Arbeiterschaft für genügend geschwächt hielt, um den allgemeinen Angriff auf sie zu eröffnen. Abbau des Arbeitstunstages — Rohstoff — Abbau der Sozialversicherung kennzeichnen die Chapen dieses Angriffes. Der Sinn war: nachdem die deutsche Großindustrie ihre Herrschaft über die deutsche Wirtschaft und die Ausnutzung der Deflationssperiode aufgebaut hatte, ging sie

Mietzinsfragen und Wirtschaftsfragen

Aus Berlin wird uns berichtet:

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nahm am Freitag bei der Beratung der dritten Steuerordnung eine Entscheidung Hilsfelding an: Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hält es für unumgänglich, die Größe der Aufwertung auf dem Wege der Notenordnung zu regeln und empfiehlt der Regierung den Weg der ordentlichen Einführung. Aufsehen fand folgender Aufsatztag Antritt: Der Finanzpolitische Ausschuss erwartet aber unter allen Umständen, daß dadurch die Größe der Goldbalanzierung vorgenommen wird, in der Vorbereitung der Vermögens- und Einkommenssteuer nicht verschleppt wird.

Die Größe der Mietzinssteuer wurde mit großer Weitsicht folgender Antrag Hilsfelding-Bernhard angenommen. Der Finanzpolitische Ausschuss empfiehlt der Regierung, im Interesse der Gleichmäßigkeit der Regelung und damit der Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebiets die Regelung des Wohnungszinns durch ordentlichen Wege der Notenordnung zu überweisen. Wohindesto läßt sich der Antrag des Reichswirtschaftsrates nicht zu nehmen. Diese Förderung ist in der Hauptstadt den Gemeinden zu überlassen. Zur Bedeutung des Besitzes der Länder und Gemeinden ist diese für die nächsten zwei Jahre ein Brüderungsbeitrag zur Vermögenssteuer in ausreichendem Maße einzutragen. Dabei ist auf die seit 1913 eingetretene Verminderung des Vermögens durch die Auflösung der Gütekämme zu achten.

Kleinarbeit im Reichstag.

(Eigene Drahtmeldung.) Der Reichstag schied am Freitag eine Beschwerde der Kommunistischen Fraktion, die darüber klage, daß sein Kommunitat zum Abstimmungsausschuß zugelassen werde. Dieser Ausschuss ist aber lediglich ein Unterausschuss des Finanzausschusses, in dem die Kommunisten nicht vertreten sind. Dagegen erkannte der Reichstagverordnungsausschuss eine Beschwerde der kommunistischen Abg. Sach über Berleburg seiner Immunität durch Berleburg in Stuttgart an und riefte an den Reichsministerium und den wirtschaftsberatigen Justizminister das Schreiben, die kraftrechtliche und diplomatische Verfolgung der Schuldenbeamten zu veranlassen.

Poincaré und Hoechst.

(Pariser Meldung.) Ministerpräsident Poincaré hat dem deutschen Reichsrat mittlerweile losen, daß er ihm am heutigen Sonnabend nochmals empfohlen wird. Herr von Hoechst ist bestrebt, den Antrag Frankreichs wiederzunehmen.

Die Tätigkeit der Repko.

(Eigene Drahtmeldung.) Der erste Sozialrätehauptausschuß hielt am Freitag nachmittag eine Beratung ab. Für den heutigen Sonnabend ist vorgesehen, daß der Bürgertagsausschuss und Staatssekretär Höller und Ministerialdirektor Kopf vom Reichsfinanzministerium antritt, während Reichsbundespräsident Dr. Schacht eine weitere Besprechung mit dem Wohnungsausschuß haben will.

(Londoner Meldung.) Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ meldet, dass die Schwedensänderschaft für das deutsche Abkommen festgestellt: Wenn Deutschland keine Reparationsforderungen erfüllen sollte, müsse das Ruhrgebiet und das Rheinland der Franzosenbesatzung entzogen und Deutschland zurückgedrängt werden. 2. müßten die deutschen Fülle erhöht erhöht und Deutschland einer internationalen Finanzkontrolle unterworfen werden.

Ende der Lloyd-George-Sensationen.

(Pariser Meldung.) Aus Paris wird gemeldet, daß das französische Außenwirtschaftsamt mit den Erklärungen der englischen Regierung bezüglich des durch Lloyd George hervorgerufenen Zollabschlusses bestreitigt ist und die Angelegenheit damit als erledigt betrachtet.

(Gesamnmeldung.) Der diplomatische Zwischenfall, der durch Lloyd Georges Interessen hervorgerufen wurde, wird hier als beigelegt betrachtet. Die französische Regierung behält sich jedoch vor, auf den Inhalt der Behauptungen Lloyd Georges auch in ihrer

daran, sich gegen die Rückwirkung der Inflationsperiode zu sichern durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiterschaft. Das ist der Sinn der Mitarbeiter, zu der die Großindustrie die Arbeiterschaften will. Sie glaubt, die Zeit sei reif für eine neue Arbeiterschaftszeit, in der sich Unternehmer und Arbeitgeber nicht mehr als gleichberechtigte Kontrahenten gegenüberstehen, sondern die auf der Unterwerfung der Arbeiterschaft beruht.

Dieses sozialen Ziel des bürgerlichen Angriffs entspricht das politische. Vom Staat aus kann eine Regulierung des freien wirtschaftlichen Marktspiels der Schwerindustrie erfolgen. Vom Staat aus kann das Interesse der Allgemeinheit gegen die Schwerindustrie gelöst werden. Solange noch bei der Bestimmung des politischen Kurses der Einfluss der Sozialdemokratie ins Gewicht fällt, solange ist die Schwerindustrie gehemmt. Diese lechte Hemmung zu beseitigen, den übermächtigen wirtschaftlichen Einfluss der Schwerindustrie in politischen Einfluss umzusehen, das ist der Inhalt der politischen Kämpfe, die jetzt das klassenherrschaftliche Bürgertum gegen Arbeiterschaft und Sozialdemokratie führt.

neuen berichtigten Form noch einmal zurückzukommen, wahrscheinlich in dem Gelingen, dessen Bekanntmachung nunmehr bevorsteht.

Das Beamtenproblem in Preußen.

(Berliner Eigenmeldung.) Die preußische Regierung hat sich am Freitag die Beamtenabbausatzung zu eigen gemacht. Nach der Bekanntmachung in Preußen tritt die wichtige Bewertung, nach der Verteilung der Wirtschaftsverordnung vorgenommen hat, in die Kraft. Eine Ausbausatzung eines Beamtenvertrages des Landes, an den sich neben einer rein juristischen Befreiungserklärung die zur Entlastung kommenden Beamten, Angestellten und Arbeiter mit einem Geldbetrag bewegen können.

Folgen des Flaggens-Zwischenfalles?

(Washingtoner Meldung.) Im diplomatischen und politischen Bereich spricht man von der Ablist des deutschen Botschafts, zurückzutreten. Dr. Bleibtreu schreibt es, wie der Berichterstatter des „Berl. Tagbl.“ meint, ab, irgendwie Gefahr zu diesen Gerüchten abzugehen.

Abschlußformalitäten.

(Londoner Meldung.) Die Antwort Sovjetrußlands auf die Amerikanerfrage ist hier eingetragen. Sie verlaufen in feindseligster Form ab ... und stimmt dem Abschluß einer Konferenz in London zu und teilt die Ernennung Natoböck, des bisherigen Leiters der russischen Handelsdelegation in London, zum Geschäftsträger mit.

Tarifkündigung im Ruhrbergbau.

(Sachsen Eigenmeldung.) Der Zeichenverband hat den Tarifvertrag im Bergbau am 1. April gefüllt. Der Kündigung eingetragene Verhandlungen zwischen Vertretern der Bergarbeiterverbände und dem Zeichenverbande voraus. Von den Unternehmen wurde Abstellung des Gründblades, Abbau der Mindestlöhne, Aufwertung und Belebung von Deputatlohn bis 8,50 Goldmark und Belebung der wöchentlichen Lohnzahlung geordnet. Die Vertreter der Bergarbeiter lehnen diese Verordnungen ab, die Unternehmer erklären sich schließlich zu wöchentlicher Lohnzahlung auf den Abrechnen bereit, an allen anderen Verordnungen hielt sie jedoch fest.

Der deutsche Streik in England.

Wie gemeldet wird, werden die deutschen Seeleute, die in englischen Häfen gearbeitet haben, von der englischen Regierung bis zu zweiter Tage des Januar verwiesen werden.

(Gesamnmeldung.) Nach einer Neutralisierung ist der Streik der deutschen Seeleute beendet und ein Abkommen getroffen werden.

Die Kommunisten unten durch.

(Eigene Drahtmeldung.) Bei der Generalsversammlung der Verwaltungsstelle Hamburg des Hafenarbeiterverbandes haben die Kommunisten eine empfindliche Schlappe erlitten. Nach ihrem großbürgerlichen Reden zu hören, hatten sie sich keinen der Hoffnung hingegeben, die Verwaltungsstelle in ihre Hände zu bekommen. Die Linie der Hamburger erhält jedoch nur 362 Stimmen, während die Linie der Amtsdamer Mithitung mit 758 Stimmen siegt.

Der Prinz von Wales ist in London beim Trainieren über Hunde in Hyde Park geflüchtet und hat sich das Schüttelfieber gegeben. Da dieser seine Komplikationen eingetreten sind, ist sein Sohn aufgetreten.

47.000 Zivilienshäuser soll es nach Mitteilung eines französischen Architekten auf der Erde geben; darunter 18.000 in den Vereinigten Staaten, 3.500 in Deutschland, 3.500 in Großbritannien, 2.000 in Frankreich, 1.800 in Italien, 1.500 in Spanien und 800 in Belgien.

Die Mannschaften der Seemannsschulen der schwedischen Marine haben im Dezember eine Sammlung veranstaltet und den Betrag von 375 Kronen dem Chef der Marinestation der Ostsee mit der Befürmmung überbracht, ihm an Wissen und Kinder im Kriege gefallener Matrosen zu verteilen.

Im Reiche wie in Thüringen und Lübeck stehen darum die der Schwerindustrie am nächsten liegenden Kreise des Bürgertums in der vordersten Kampfline gegen die Sozialdemokratie. Sie stellen klar die Fragen: Staatsmacht oder Wirtschaftskontrolle, Aufbau einer gesunden Volkswirtschaft oder Fortsetzung der bisherigen verderblichen Entwicklung. Sie wollen zur wirtschaftlichen Macht noch die Staatsmacht. Sie wollen ein neues Parallelogramm der Kräfte herstellen, in dem ihre Seite unendlich lang, die der Arbeiterschaft unendlich kurz ist.

Darum ist das die Zeit entscheidenden Kampfes! Es gilt die Folgerungen zu ziehen aus den abgelaufenen Jahren. Alles liegt vor aller Augen, wie wirtschaftlich Deutschland ins Verderben geführt hat. Alles sind die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft. In diesem Sinne kommt die Entscheidung. Gelingt sie, so geht Deutschland einer Periode schwerster innerer Kämpfe entgegen, die alle Anfälle zu einer Gelindung verhindern müssen. Das aber zu verhindern, ist Pflicht der geliebten Arbeiterschaft und darüber hinaus aller derer, die unter diesen Zuständen hart leiden würden.



Städte-Wettkampf im Kunstrturnen

Bremen, Westerstede, Wilhelmshaven, Rüstringen

eranstaltet vom Turnverein Vorpommern, Rüstringen, am Sonnabend, 16. Februar 1924 im Schützenhof. Beginn pünktlich 8 Uhr. Anschließend großer Festball.

Numerierte Plätze. Vorverkauf bei Fr. Joppich, Zigarren Geschäft, Wilhelmshavener Straße, und K. Görriesen im Schützenhof.

Rüstringen.

Der Kunstrüster. Es ist festgestellt worden, daß auf die Schülereignungen auf verschiedenen Ortschaften in einem unvorhergesehenen Ausmaß zu vertraut werden. Die betreffenden Dauereignungen werden hierdurch erlaucht, ihre Gründen bis z. m. 15. März. S. ordnet eine entsprechende Infrastruktur für die Rüstringer Turnerfestwoche nicht vor. Wiederholter Aufrüsterwerbung nicht vorgenommen, so kann der Stadtmagistrat die Anstrengung auf Kosten der jüngsten Dauereignungen vornehmen lassen. Die Rüstringer schätzen dort nur durch den von der Stadt dazu eingeschriebenen Abhängerunternehmer Bremens. Bürgerstraße 13, erfolgen. Aufnahmen bedürfen der bestehenden Genehmigung. Die Abnahmen sind zu überprüfen und direkt an den Unternehmer zu richten. Sie betragen z. M. 2,80 Mk. je oben und 0,50 Mk. je Tonne.

Rüstringen, den 8. Februar 1924.

Zuständigkeitsbereich.

Stadt Warmeboden, Oldesloestraße, 12. Samen und Braunkohle: Breitling u. Sonn. 1000 kg nachmittags. Nach Bäder, Möbeln usw. 1 Perren Tonnen Logodina, u. Sonnabendmorn. 10-11.11. Perren Tonnen nachm.

(376)

Deutscher Baugewerksbund

Baugewerkschaft Oldenburg.

Montag, den 12. Februar, nachmittags 5 Uhr:

Mitglieder - Versammlung im Gewerkschaftshaus. Alle erledigten.

Ter Vorstand.

Oldenburger Landestheater.

Datum: Dienstag, 12. Februar, 1924.

Zeit: 19.00 Uhr.

Ort: Gobelin-Saal.

Eintritt: 1.00 Mk.

Wiederholung: 1.00 Mk.

